

Offener Brief vom 17. April 2026

des zivilgesellschaftlichen Bündnisses für ein LADG Baden-Württemberg¹

Bürokratieabbau ohne Demokratieabbau!

Die Forderung nach einem Gleichbehandlungsgesetz bleibt bestehen!

Die Argumente sind bekannt: Wir brauchen in Deutschland Landesantidiskriminierungsgesetze, weil das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz als Bundesgesetz alle Felder, die eher in Landeszuständigkeit liegen, ausgeklammert. In fast allen anderen europäischen Ländern schließt ein nationales Antidiskriminierungsgesetz z.B. Schule, Hochschule, Polizei und Behörden ein. In Deutschland nicht. Mit einem Landesgesetz würde der öffentliche Bereich lediglich dem zivil- und arbeitsrechtlichen Bereich gleichgestellt. Ohne ein Landesgesetz besteht eine offensichtliche Schutzlücke.

Dies hat Folgen für die Demokratie: Diskriminierung verhindert Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, schadet dem sozialen Zusammenhalt und verfestigt Ungleichheiten. Aufgrund der Zunahme von ausgrenzenden Narrativen und Hetze hat sich Diskriminierung in den letzten Jahren immer mehr verschärft, wie die Zahlen von allen Beratungs- und Monitoringstellen zeigen.

2021 war die Einführung eines Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG) im Koalitionsvertrag verankert worden. 2025 wurde der von der Landesregierung beschlossene Gesetzentwurf in die Verbändeanhörung gegeben und vor der Weiterleitung an den Landtag gestoppt. Die Begründung: das Gesetz würde einen Bürokratieaufwuchs in den Behörden befördern. Ein Blick nach Berlin, wo es seit fünf Jahren ein LADG gibt, zeigt, dass es dort keinen wesentlichen Bürokratiewachstum gegeben hat². Dies haben Vertreter*innen aus Berliner Verwaltung, Polizei und der Landesantidiskriminierungsstelle unisono klargestellt.

Wir sind als zivilgesellschaftliche Kräfte sehr besorgt: sobald der Vorwurf des Bürokratieaufbaus im Raum steht, ist es in diesen Zeiten offensichtlich schwer, sachorientierte Politik zu machen. Dabei reicht es diese Aussage in den Raum zu stellen. Es ist anscheinend gar nicht notwendig, diese Aussage mit Argumenten zu unterlegen.

Sicherlich gibt es bürokratische Regelungen, die schlichtweg verzichtbar sind. Was aber in der Diskussion zunehmend verloren geht, ist ein Verständnis, dass viele staatliche Regulierungen im Bereich Naturschutz, Datenschutz, Diskriminierungsschutz, Inklusion etc. zum Schutz von vulnerablen Gruppen oder einer vulnerablen Natur geschaffen wurden. Sie haben das Ziel, gesellschaftlichen Egoismen und vor allem auch Marktmechanismen Grenzen zu setzen.

Wir unterstützen jede Bemühung, unnötige und überflüssige bürokratische Regeln so zu gestalten, dass sie vereinfacht, Prozesse beschleunigt und Kosten gespart werden, ohne dass der Kern des damit verbundenen Anliegens verloren geht. Bürokratieabbau darf nicht auf Kosten von Grundrechten gehen.

¹ Das Bündnis für ein LADG hat sich 2021 gegründet und umfasst Wohlfahrtsverbände, die Gewerkschaften, Verbände der Jugend- und Beratungsarbeit und viele weitere zivilgesellschaftliche Verbände und Akteur*innen aus dem Feld der Antidiskriminierungsarbeit. Ein Positionspapier wurde von 77 zivilgesellschaftlichen Organisationen unterzeichnet (<https://ladg.jetzt/bw/>).

² Siehe Faktencheck: <https://ladg.jetzt/bw/>.

Gerade wenn es um Schutz vor Diskriminierung geht, sollte der Staat ein Vorbild sein. Ein Gleichbehandlungsgesetz sehen wir als einen Vertrauensbeweis des Staates gegenüber den Menschen in diesem Land, die zunehmend von Diskriminierung betroffen sind. Was in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen möglich ist, sollte auch in Baden-Württemberg möglich sein.

Wir fordern:

- Das **Gleichbehandlungsgesetz** muss wieder auf die Agenda der neuen Landesregierung. Darin ist eine starke Ombudsstelle zu verankern, die Diskriminierungsbeschwerden außergerichtlich klären kann.
- Die **Landesantidiskriminierungsstelle** (LADS) hat sich als eine zentrale Struktur innerhalb der Landesverwaltung etabliert und leistet sehr gute Arbeit. Um eine noch größere Wirkung zu erzielen, sollte sie so angesiedelt werden, dass sie politisch unabhängiger agieren kann.
- Der in der letzten Legislaturperiode in einem breiten Beteiligungsprozess erarbeitete **Landesaktionsplan gegen Diskriminierung und Rassismus** muss vollumfänglich umgesetzt werden.
- Die zivilgesellschaftlichen **Antidiskriminierungsberatungsstellen** verzeichnen immer weiter steigende Beratungszahlen. Diese Beratungsstrukturen sind ein wichtiger Bestandteil der sozialen Beratungsstruktur und müssen erhalten und ausgebaut werden.

Bündnis für ein LADG, Baden-Württemberg

Bisherige Unterzeichnungen

Landesweite Verbände

- Aidshilfe Baden-Württemberg e.V.
- AMJ Ahmadiyya KdöR
- Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Baden-Württemberg e.V. (AGJF BW)
- Der Paritätische Baden- Württemberg e.V.
- Empowerment-Netzwerk Baden-Württemberg (Forum der Kulturen e.V.)
- Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V.
- Forum Internationaler Frauen Baden-Württemberg e.V.
- GEW – Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft – Landesverband Baden-Württemberg
- Gesellschaft gegen Gewichtsdiskriminierung e.V.
- LAG Jungen*- und Männer*-arbeit Baden-Württemberg
- Landesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendbildung Baden-Württemberg e.V. (LAGO BW)
- LAKA - Landesverband der kommunalen Migrant*innenvertretungen Baden-Württemberg
- Landesarmutskonferenz Baden- Württemberg e. V.
- Landesverband für Menschen mit Körper- und Mehrfachbehinderung Baden-Württemberg e.V.
- LSVD+ Baden-Württemberg
- Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) in Baden-Württemberg (LAGO BW)
- Queeres Netzwerk Baden-Württemberg
- Sozialverband VdK Baden-Württemberg e.V.
- Stabsstelle Gleichstellung und Diversity, Evangelische Landeskirche in Baden
- ver.di Baden-Württemberg
- Verein für internationale Jugendarbeit e.V. - Landesverein Württemberg

Weitere Organisationen

- ADES - Antidiskriminierungsstelle Esslingen
- adis e.V. Tübingen
- AdiZ e.V.
- Antidiskriminierungsbüro Heidelberg/ Mosaik Deutschland e. V.
- Antidiskriminierungsbüro Mannheim e.V.
- Antidiskriminierungsstelle Karlsruhe, Stadtjugendausschuss e.V. Karlsruhe
- BiBeZ e.V. - Ganzheitliches Bildungs- und Beratungszentrum zur Förderung und Integration behinderter und chronisch erkrankter Frauen und Mädchen
- Büro für Diskriminierungskritische Arbeit Stuttgart e.V.
- Conakzent Transcultural
- Deutschsprachiger Muslimkreis Karlsruhe e.V.
- Forum der Kulturen Stuttgart e. V.
- KOSI.MA - Zentrum für sexuelle Gesundheit Mannheim
- machtWorteKA
- PLUS Rhein-Neckar e.V.
- pro familia Freiburg
- Projekt 100% MENSCH gUG
- Roma Büro Freiburg eV
- Tübinger Arbeitslosen-Treff e.V.
- Venezuela Creativa e.V.
- Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V. - Regionalgruppe Tübingen - Stuttgart
- Wildwasser Stuttgart e.V.